

**Europaabgeordneter besucht Lilienthal**

## Schuster wirbt für die Europawahl

Von **André Fesser** - 11.01.2019 -

**Am 26. Mai dürfen die Bürgerinnen und Bürger der EU ein neues Parlament wählen. Warum sie das tun sollten? Der Europaabgeordnete Joachim Schuster hatte bei seinem Besuch in Lilienthal eine Antwort mitgebracht.**



**Könnte er sich etwas wünschen, dann würden die Menschen am 26. Mai in Scharen an die Wahlurnen schreiten: der SPD-Politiker und Europaabgeordnete Joachim Schuster bei seinem Auftritt in Murkens Hof.** (von Lachner)

Lilienthal. Mag sein, dass Lilienthal nicht der Mittelpunkt der Welt ist. Vom Nabel Europas aber ist die Gemeinde an der Wümmе nicht mehr weit entfernt: Binnen sechs Tagen haben sich gleich zwei Europapolitiker die Klinke des Murkens Hofes in der Klosterstraße in die Hand gegeben. Nach dem CDU/EVP-Abgeordneten David McAllister vor einer Woche, stand am Donnerstagabend der SPD-Politiker Joachim Schuster am Rednerpult, um seine Einschätzung zum Zustand der Europäischen Union (EU) abzugeben. Der 56-Jährige war auf Einladung der örtlichen SPD nach Lilienthal gekommen.

Die zentrale Botschaft, die Schuster den zwei Dutzend Besuchern und dem Lilienthaler SPD-Vorsitzenden Rolf Nordmann mitgebracht hatte, glich der Stoßrichtung seines Parlamentskollegen McAllister: Die Menschen sollten sich unbedingt an der am 26. Mai anstehenden Europawahl beteiligen. Nur so könne vermieden werden, dass sich extreme Positionen durchsetzen und Unfälle wie der Brexit gar nicht erst passieren. Schließlich haben Nachwahluntersuchungen gezeigt, dass sich die EU-Gegner in Großbritannien nur durchsetzen konnten, weil es die Befürworter nicht für nötig hielten, am Tag der Entscheidung ihre Stimme abzugeben.

Schuster zufolge kann man daraus aber nicht ableiten, dass ansonsten in der EU alles in Butter ist. Im Gegenteil: „So schlimm wie im Moment war es lange nicht um Europa bestellt.“

So beklagte der SPD-Vertreter den Niedergang der Sozialdemokratie in fast allen Ländern, konstatierte aber auch den gleichzeitigen Aufstieg populistischer Kräfte von links und rechts.

Polen und Ungarn müssten sich die Frage stellen lassen, ob sie noch als Rechtsstaaten gelten könnten. Zugleich seien in mehreren Ländern rechtsextreme Kräfte an den Regierungen beteiligt. Und in Deutschland steige die Zustimmung für eine Partei wie die AfD, die der EU ebenfalls kritisch bis ablehnend gegenüber steht.

Der Nationalismus folge stets dem gleichen Muster, so Schuster: „Die anderen sollen daran schuld sein, dass es uns nicht so gut geht, wie es uns gehen könnte.“

So habe sich die Kritik der britischen Bevölkerung gegen die Arbeitskräfte aus Polen gerichtet, in Osteuropa stünden häufig Muslime im Fokus der Kritik, während es in den USA die Lateinamerikaner seien, die für den Niedergang des Landes verantwortlich gemacht werden.

Den Wandel hin zum Nationalismus schreibt Schuster vor allem der Globalisierung zu, die viele Verlierer produziert habe. Der Wettbewerb habe sich verschärft, die Sozialpolitik sei vernachlässigt worden. Aber auch die Zuwanderung, die 2015 und 2016 Menschen in großer Zahl nach Europa und somit auch nach Deutschland geführt hat, habe Probleme hervorgerufen. Das Tempo der Migration sei hoch gewesen und habe die Menschen verunsichert, so Schuster. Als früherer Bremer Sozialstaatsrat hatte er mitbekommen, wie belastet die öffentliche Verwaltung in dieser Phase gewesen ist: So habe es in der Hansestadt Tage gegeben, an denen die Menschen in der Sozialbehörde gebetet hätten, dass am Wochenende nicht noch ein Zug voller Menschen in die Stadt kommt. Weil man diese dann mit Unterkünften versorgen musste, die man gar nicht hatte.

Hinzu komme, dass viele gute politische Ansätze und Projekte als nationale Errungenschaften verkauft würden, während man die negativen Dinge der Regierungswut der Europapolitiker zuschriebe: „Dabei passiert in der EU nichts ohne die Zustimmung der Mitgliedstaaten.“

Um die Misere zu heilen, plädierte Schuster, der seit 2014 im Europäischen Parlament sitzt, für eine Stärkung der sozialen Dimension. Zwar müsste man nicht alles vereinheitlichen, was zudem mit Blick auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten auch nicht möglich sei. Allerdings müsste es gelingen, in allen Staaten soziale Mindeststandards zu schaffen. Etwa einen Mindestlohn, dessen Höhe sich an den regionalen Gegebenheiten orientiert.

Schuster empfahl ferner, die offenen Fragen beim grenzüberschreitenden Arbeiten zu klären und betonte, dass die Staaten in die Lage versetzt werden müssten, stärker in ihre Infrastruktur zu investieren.

Die Mittel dazu könnten gewonnen werden, indem man steuervermeidende Großkonzerne anders anfasst. Zudem könnte die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, über die auf EU-Ebene schon seit Jahrzehnten diskutiert wird, allein in Deutschland für jährliche Mehreinnahmen in Höhe von 18 bis 40 Milliarden Euro sorgen. Die europäische Idee müsste aber auch in den Einzelstaaten gelebt werden. Schuster erinnerte daran, dass sich Helmut Kohl als Bundeskanzler stets die Frage gestellt habe, was sein Handeln für das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich bedeutet und welche Auswirkung es auf die kleineren Mitgliedstaaten hat. „Das gibt es heute nicht mehr.“ Im Gegenteil: „Die Bundesregierung hat massiv zur Entsolidarisierung der EU beigetragen.“ Schuster erinnerte dabei an die harte deutsche Haltung in der Griechenland-Krise.

Immerhin: Nach seiner Erfahrung stünden die EU-Bürgerinnen und Bürger der Union gar nicht so skeptisch gegenüber, wie man gemeinhin glauben könnte. „Aber sie erwarten eben auch, dass die Dinge klappen.“